
Anders Vordenken! Besser Handeln? Ein Leitfaden nicht nur für Nicht-ÖkonomInnen

Rezension von: Heiner Flassbeck, Paul Davidson, James K. Galbraith, Richard Koo, Jayati Ghosh (Hrsg.), *Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft*, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2013, 200 Seiten, gebunden, € 17,99, ISBN 978-3-864-89034-5.

In den Augen meiner Studierenden sind alle möglichen Personengruppen und Institutionen schuld an wirtschaftlicher und sozialer Malaise. Auf die Universitäten fallen ihre Gedanken indes nicht – oder nur insgeheim. Nun, die Botschaft in Heiner Flassbecks und seiner MitautorInnen Manifest ist zwar nicht neu. Denken wir etwa an John Maynard Keynes' grundlegende Abrechnung mit der Wall Street 1936, John Kenneth Galbraiths radikale „Presidential Address“ vor der „American Economic Society“ 1972 oder selbst die Beiträge der gemäßigten Ökonomen Paul Samuelson in „Challenge“ 1985 und Robert Solow mit seinem Arbeitsmarktbuch 1990. Dennoch ist „Flassbecks Manifest“ interessant und bedeutsam.

Das Interessante daran ist, dass das jetzt vorgelegte Manifest selbst heute noch notwendig ist: 83 Jahre nach Ausbruch der Ersten, fünf Jahre nach Einsetzen der Zweiten Weltfinanz- und -wirtschaftskrise, drei Jahre nach Beginn der Staatsschulden- und Sparhysterie sowie 34 Jahre nach Margaret Thatchers Amtsantritt und dem nachfolgenden Siegeszug des Neoliberalis-

mus mit all seinen Konsequenzen für Verteilung, Wachstum und Soziales, Arbeitsmarkt- und Arbeitsplatzverhältnisse. Das Bedeutsame an dem „Manifest“ ist, dass es dem Prozess der diskursiven Verbreitung des, der Gewöhnung an und der Vereinnahmung durch den Neoliberalismus einmal mehr etwas entgegengesetzt – trotz zunehmender Überdrüssigkeit des steten Lamentierens und Kritisierens, trotz der fortgeschrittenen Internalisierung der Norm „Es gibt keine Alternative, bescheidet euch!“

Das „Manifest“ erscheint gerade zu einer Zeit, in der das System von Bildung und Forschung, von hergebrachten Institutionen und traditioneller Politik wieder zunehmend mit grundsätzlichem Wohlwollen betrachtet wird. Hat man doch einige, relativ wenige Schwarze Schafe ausgemacht, die ihr legitimes Selbstinteresse zur verwerflichen Eigensucht übersteigert und damit der Reputation des an sich gut funktionierenden Marktsystems geschadet haben. Es besteht die Tendenz, den Markt als moralischer und sogar demokratischer anzusehen als die demokratische Wirtschaftspolitik, wie der Liberale Philip Booth 2009 ausführte.

Heiner Flassbeck hat in der *economics community* bekannte, dort aber vielfach eher geächtete als geachtete Personen um sich versammelt und gemeinsam mit ihnen in einer leicht verständlichen Sprache ökonomisch aufgezeigt, was grundsätzlich im System schief laufe, vor allem was am System nicht passe und wie der Lauf der Welt und das Wohlergehen der Menschen anders und besser gestaltet werden könnten. Die AutorInnen erfüllen auch die so wichtige Aufgabe der Übersetzung aus dem Ökonomischen ins All-

gemeinverständliche, nehmen die Brückenfunktion von der kritischen Wissenschaft zur revoltierenden Zivilgesellschaft und zu den nach Alternativen suchenden WählerInnen wahr (*yes, we can*). Selbst für ÖkonomInnen, für die das Buch freilich populärwissenschaftlich ist, dürfte es geeignet sein, Reflexionen zu provozieren und auch die Rückseite der Medaille „Lehre und Forschung“ zu betrachten, auch wenn dadurch die Rückseite nicht zur Vorderseite der Medaille wird; immerhin hätte sich dann der Horizont des Denkens verdoppelt.

Die AutorInnen zeigen vorwiegend die Rückseite dieser Medaille, und die als die zweifelsfrei bessere Alternative, ist das doch ihre Botschaft, der sie Gehör verschaffen wollen. Für subtile Vergleiche der verschiedensten Theorien ist in diesem Buch bewusst kein Platz, denn die Absicht ist klar: die (zu) wenig (ausgewogen) Informierten zu informieren und die zu eng Informierten zu irritieren. Insofern ist das Werk nicht nur im abschließenden Teil „Manifest“, sondern auch in den argumentativen Grundlegungen davor.

Paul Davidson, emeritierter Professor für Politische Ökonomie an der „University of Texas“ in Knoxville, Herausgeber des weltbekannten „Journal of Post-Keynesian Economics“ und bekannt für seine verständlichen Formulierungen, ist eine Hauptfigur des monetären Post-Keynesianismus à la Sidney Weintraub und Hyman Minsky, wo die Auswirkungen eines instabilen Finanzsektors auf Produktion und Beschäftigung im Brennpunkt stehen. Davidson widmet sich in seinem Beitrag dem analytischen Grundproblem der Ökonomik schlechthin: der Erfassung des für ökonomische Entscheidungen maßgeblichen Faktors Zeit und der da-

mit verbundenen echten Unsicherheit, insbesondere für Investitionen in Produktions-, aber auch Finanzvermögen. Die neoklassisch geprägte Ökonomik (die Orthodoxie, der *Mainstream*) geht von der Kalkulierbarkeit der Risiken aus und entschärft dadurch die tickende Unsicherheitsbombe „Zukunft“. FinanzinvestorInnen kommen, wenn es unerwartet brenzlig wird, aus ihrer Veranlagung relativ rasch und daher zum Teil recht gut aus ihren Veranlagungen heraus; doch das gilt für unternehmerische InvestorInnen eben nicht.

In solch verzwickten Situationen könne und sollte der Staat helfen. Dieser beginne jedoch nach kurzer Wirtschaftsankurbelung, kurz nach oder noch in der verunsichernden und Substanz kostenden Krise (wer definiert sie wie?), mit massiver Sparpolitik auf der Ausgabenseite – immerhin sogar im EU-Verbund –, mit einer Politik, die durch die fortdauernde Budgetbelastung aus der Bankenstützung verschärft wird. Im Finanzsektor will allerdings die Krise nicht so richtig enden, weil offenbar immer noch die Durch-, Voraus- und Einsicht fehlt. Offensichtlich wollen Finanzmarkt und Politik (noch) nicht einsehen, dass die Krise kein überwundener und unwahrscheinlicher Betriebsunfall war, sondern einer verborgenen, jederzeit (aber wir wissen eben nicht, wann) wieder ausbrechenden Krisenanfälligkeit des Systems geschuldet ist, die das Potenzial eines Systemzusammenbruchs birgt. Die Ökonomik geht jedoch weiterhin davon aus, dass die langfristige Entwicklung vorgezeichnet sei, also nicht viel passieren könne und die kurzfristigen Turbulenzen staatlich kaum sinnvoll zu managen wären. So sei ein Mehr an neoliberaler Ökonomik in der Wirtschaftspolitik der beste Weg in die

Zukunft, wie die Neoklassik rät – oder aber der sicherste Weg in einen *crash*, wie der Post-Keynesianismus (als Heterodoxie, also als strikte Alternative zur Orthodoxie) befürchtet. Gerade aus der Unsicherheit der Zukunft ergibt sich die Möglichkeit zur ihrer proaktiven Gestaltung, argumentiert Davidson.

James K. Galbraith, Professor für öffentliche Finanzwissenschaft an der Universität von Texas in Austin und prominenter Kritiker des ökonomischen *Mainstream*, konzentriert seinen Beitrag auf Irrwege und konsequente Neuorientierung von Ökonomik und Politik. Insbesondere sei das Phänomen der Verteilungspolarisierung weit unterschätzt worden, als Übergangsproblem infolge technischen Fortschritts abgetan. Allerdings wären die verbesserten Bildungsangebote zur angemessenen Besetzung der neuen Jobs und die realen Lohnsenkungen zur Wahrung alter Jobs keine geeignete Lösung, zumal Bildung und Kaufkraft sozial polarisiert wären. Wettbewerb bedeute für den *Mainstream* immer und überall alles, und dieser vergesse darüber die polarisierende und somit hemmende Wirkung seines Patentrezeptes – eine Wirkung, die über die Harmlosigkeit einer kurzen Übergangsproblematik klar hinausginge.

Einen weiteren Sündenfall sieht Galbraith in der verfehlten Inflationsbekämpfung mittels restriktiver Geldpolitik, insbesondere angesichts der Preishocks auf den Rohstoffmärkten, der noch ungelösten Energie- und Umweltproblematik sowie der Beschäftigungsschocks, die durch die Sparprogramme der öffentlichen Hände und die internationale Lohnsenkungskonkurrenz verursacht würden. Gewerkschaften und Arbeitslose müssten dies ausba-

den, während sich der offizielle Blick gern auf das ohnehin meist positive Wirtschaftswachstum statt auf die Arbeitsmarktmalaise richte. Der aus ihr folgenden Lohneinkommensmisere wäre mit Kreditexpansion begegnet worden statt durch aktive Beschäftigungspolitik, flankiert durch solide Sozialpolitik. Gerade das hätte den Kriseneintritt und die Wucht der Krisenwirkungen gefördert.

Der ehemalige BMWi- und DIW-Wirtschaftsforscher und Finanzstaatssekretär, langjährige Ökonom bei der UNCTAD, Universitätslektor und Honorarprofessor Heiner Flassbeck ist als Redner beliebt, der seine bedingungslos kritischen Aussagen für die Allgemeinheit verständlich formuliert, eine breite Öffentlichkeit zu begeistern weiß und eine Speerspitze der kritischen Zivilgesellschaft bildet. In seinem Beitrag widmet er sich dem neoliberalen Zauberwort „Flexibilität des Arbeitsmarktes“ und sieht dessen kommunikative Zauberkraft in der Argumentation, man müsse sich eben an – vorgegebene – Strukturveränderungen bedingungslos anpassen und ihre für wenige nach oben und für viele nach unten aufklaffende Lohnschere akzeptieren.

Flassbecks Position ist, dass mangelnde Flexibilität nicht Ursache für Arbeitslosigkeit sei und Anpassung an geänderte Strukturen nicht unbedingt eine Verteilungspolarisierung erfordere. Er führt aus, wie gesamtwirtschaftliche Krisen zustande kämen, selbst wenn Löhne und Preise, wie von der Neoklassik gefordert, voll flexibel sind: ein wahrhaft makroökonomischer Ansatz. Hohe Reallöhne verursachten also keine Arbeitslosigkeit, stärkten vielmehr Massenkaufkraft und Beschäftigung. Wieder kommt das Problem langfristig steigender Ungleich-

heit ins Spiel: Im internationalen Zusammenhang kommt Flassbeck auf die Lohndumping-Politik Deutschlands und ihre weltwirtschaftlichen Folgen zu sprechen (Österreich verfolgt immerhin eine ähnliche Strategie). Der Staat müsse jedoch wirtschaftspolitisch ganz anders handeln: gegen sinkende Löhne und Lohnquote und für mehr Wachstum und folglich Arbeitsplätze. Global geht es Flassbeck um ein Wechselkurssystem, das Rezessionen bei Außenwirtschaftsungleichgewichten vermeiden könne und hohe Löhne erlaube.

Richard Koo, Chefökonom in einem privatwirtschaftlichen, aber, wie er beteuert, unabhängigen Forschungsinstitut eines japanischen Finanzkonzerns, ist auch wirtschaftspolitischer Berater in Japan und Gastprofessor in den USA. Er kennt den Finanzsektor aus Theorie und Praxis, ist auf Geld- und Währungspolitik spezialisiert und zeigt hier, wie diesmal Finanz- und Produktionssektor ins Wanken gerieten. „Ökonomen haben aufwändige Theorien konstruiert, die auf der Annahme basieren, dass der private Sektor immer versucht, seine Profite zu maximieren; sie haben aber nie die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass es Situationen geben kann, in denen der private Sektor versucht, seine Schulden zu minimieren. Wenn aber eine schuldenfinanzierte Blase bei Vermögenswerten platzt, bleibt der private Sektor auf einem gewaltigen Schuldenberg sitzen. In einer Situation, in der der private Sektor als Ganzes Schulden abbaut, verliert die Wirtschaft kontinuierlich an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage (...). Diese Situation bezeichnet man als ‚Bilanzrezession‘“ (S. 104).

Wann und wo sich die überschuldeten Unternehmen nicht weiter fremdfi-

nanzieren wollten oder ob sie es nicht könnten, weil ihnen die Banken keine Bonität mehr zutrauten und keine Kredite mehr gäben, ist nur auf den ersten Blick zweitrangig. Geht das expandierende Zentralbankgeld zum Teil in neue Kredite, so könnten diese auch oder gar überwiegend in die Finanzierung von Finanzinvestitionen gehen und einen ungerechtfertigten Kursanstieg, eine Blase, erzeugen. Wer nicht aus der Geschichte lernt ... wird den Finanzmarkt entweder nicht regulieren – oder die Liquidität der Wirtschaft geldpolitisch austrocknen: auch die unternehmerischen Investitionen und die Produktion mit ihrer Einkommens- und Beschäftigungswirkung. Oder aber der Staat verschuldet sich hingegen, wenn es eben sonst kaum jemand tun will oder kann. Allerdings fürchtet sich der Staat immer wieder vor seiner Courage und fängt (zu bald) zu sparen an; immerhin fehlt die Bilanzrezession schon in Lehrbüchern, zumindest an prominenter Stelle. Daher fordert Koo ... (aber lesen Sie das selbst nach! Er bestärkt oder schwächt Ihre bisherige Auffassung).

Die indische Professorin Jayati Ghosh vom „Institut für Wirtschaftsanalyse und -planung“ an der Nehru-Universität Neu-Delhi bringt den Aspekt der Entwicklung in Entwicklungs-, Schwellen- und neuen Industrieländern ein. Sie verweist auf die sich verschiebende geografische Verteilung in der Erzeugung des Weltsozialprodukts, vor allem in der Industrie, und auf die Konsequenzen dessen für die internationalen Handels- und Finanzströme. Die nicht-westlichen Volkswirtschaften könnten nun nicht mehr von Krisen des Westens abgeschottet bleiben (und umgekehrt). Die Ära der regional begrenzten Krise sei

vorbei, selbst wenn viele ÖkonomInnen das nicht akzeptieren wollten. Weltweit könnten die Volkswirtschaften einander kaum mehr wechselseitig aus der Rezession ziehen; vielmehr müssten nun alle gemeinsam aktiv zur Erholung beitragen.

„Hinzu kommt, dass die Erwartungen bezüglich des zukünftigen Wachstums weiterhin auf einem ökonomischen Modell aufbauen, das in Zukunft wahrscheinlich nicht zu nachhaltigem Wachstum führen kann. Die zurzeit verfolgte Strategie kann (selbst in den ‚erfolgreichen‘ Entwicklungsländern) in Zukunft kaum beibehalten werden, erstens wegen der Folgen der Liberalisierung der Finanzmärkte, zweitens wegen der merkantilistischen Fokussierung auf exportorientiertes Wachstum, das negative Verteilungswirkungen hat, und drittens wegen der mangelnden Berücksichtigung ökologischer Ungleichgewichte (...)“ (S. 165).

Der ökonomische Vormarsch einiger Dritte-Welt-Länder erfolge trotz und nicht wegen der exportorientierten Wachstumsstrategie des Neoliberalismus. Internationale Institutionen müssten „reformiert und nicht nur in der Struktur demokratischer werden, sondern auch demokratischer im Sinne einer größeren Nähe zu den Menschen, in deren Interesse sie handeln sollen, und demokratischer in der Formulierung ihrer Ziele“ (S. 191).

Das gemeinsame „Manifest“ im Anschluss an die argumentativ grundlegenden Einzelbeiträge geht auf die außergewöhnlich schwierige Lage der Weltwirtschaft ein, auf „die sich nun anbahnende Krise in der Realwirtschaft“ (S. 194), die, wie die sie auslösende Finanzmarktkrise, kein Naturereignis sei, sondern Problem eines vom Menschen gemachten Systems. Die Charakteris-

tik dieses Systems sei die immanente Instabilität des finanziellen wie des realen Sektors der Wirtschaft. Das sind Folgerungen und Forderungen des Manifests: Einschränkung der Finanzmärkte, Stabilisierung der Arbeitsmärkte auf höherem Niveau, Geldpolitik zur Bekämpfung von Deflation und Krise, Enttabuisierung der Staatsschulden durch die Ökonomik, internationale Koordination der Wirtschaftspolitiken auf der Basis ausgebaute multilateraler Organisationen – aber nicht mehr nach Maßgabe der neoliberalen Norm.

Der Sammelband reiht sich in die Reihe der in der *scientific community* so wenig angesehenen und doch für die Allgemeinbildung so wichtigen Werke ein, wie z. B. 2004 Joseph Stiglitz’ „Schatten der Globalisierung“ oder 2005 John Kenneth Galbraiths „Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs“. Gerade die einfache Sprache ist ein großes Plus, wobei man nachsehen sollte, dass im Streben nach Einfachheit ab und zu die Klarheit schaffende, etwas tiefer greifende Konkretisierung fehlt und die eine oder andere (eher seltene) Stelle für EinsteigerInnen nicht voll verständlich sein und Anlass zu Verwirrung und Abirrungen geben mag. Auch gibt es zuweilen insofern Ausrutscher, als ein ökonomischer Begriff verwendet wird, ohne ihn zu erklären.

Inspirierend und motivierend wirkt das Buch allemal. Gerade habe ich feststellen müssen, dass mein Skriptum für Politische Ökonomie bei nicht Wirtschaft, sondern Politische Bildung Studierenden eine zu hohe Hürde darstellt; womöglich ist der Flassbeck-Sammelband eine Alternative. Jedenfalls ist dem Werk eine starke Verbreitung zu wünschen, selbst wenn der

Mainstream dieses Werk als unseriös und propagandistisch abtun dürfte. Doch „Arzt, heile dich selbst!“. Eine exzellente formale Methode ist weder unbedingt notwendig noch an sich schon hinreichend, zur Systemverbesserung Wesentliches zu argumentieren, wie etwa Paul Davidson 2012 schrieb. Ökonomik ist eine angewandte, eine politische Disziplin. Zu suchen ist also die richtige Mischung aus wissenschaftlicher Seriosität und argumentativer Stringenz einerseits und Nützlichkeit und Kommunizierbarkeit, Debatierbarkeit und Demokratiequalität andererseits. Das Geniale ist oft das Einfachere, aber Treffendere, das andere als das Gewohnte, wie Keynes schon 1938 meinte. Der Flassbeck-Sammelband ist ein ökonomisches Pamphlet im wertneutralen Sinn: eine Streitschrift für eine bessere Welt. Es zeigt strikte Alternativen auf und trägt dadurch zur Vielfalt und Ausgewogenheit bei. So gesehen ist ein nicht ganz ausgewogen argumentierendes ein insgesamt auswiegendes Werk. Es soll viele auf- und noch mehr anregen.

Rainer Bartel

Literatur

- Booth, Philip, Catholicism and Capitalism, in: *Economic Affairs* 29/3 (2009) 63-67.
- Davidson, Paul, Is economics a science? Should economics be rigorous? In: *real-world economics review* 59/1 (2012) 58-66.
- Galbraith, John K., Power and the Useful Economist, in: *The American Economic Review* 63/1 (1973) 1-11.
- Keynes, John M., *The General Theory of Employment, Interest and Money* (London 1936; London, New York 1973) 158ff.
- Keynes, John M., My dear Roy. Letter to R. F. Harrod (1938), in: Moggridge, Donald (Hrsg.), *The Collected Writings of J. M. Keynes*, Bd. XIV (London 1973) 11-12.
- Samuelson, Paul A., Succumbing to Keynesianism, in: *Challenge* 28/1 (1985) 4-11.
- Solow, Robert M., *The Labor Market as a Social Institution* (Cambridge, Mass.; Oxford 1990).
- Stiglitz, Joseph E., *Die Schatten der Globalisierung* (München 2004).